



01/2017-3

Text:
Klaus-Peter Hammer



Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Rheinland-Pfalz
Neubrunnenstraße 8
55116 Mainz

Telefon: 06131 28988-0
Fax: 06131 28988-80
E-Mail: gew@gew-rlp.de

www.gew-rlp.de
www.facebook.com/GEW.RLP
twitter.com/gew_rlp

Länder-Tarifrunde 2017

Tarifvertrag
der Länder



Tarifrunde im öffentlichen Dienst der Länder: GEW wird den Forderungen Nachdruck verleihen!

Die GEW hat gemeinsam mit ihren DGB-Schwestergewerkschaften ein **Forderungspaket** mit einem Gesamtvolumen von **sechs Prozent** geschnürt. Inhalt des Forderungskatalogs ist u. a. eine Gehaltserhöhung mit sozialer Komponente in Form eines Sockel- oder Mindestbetrages. Für die höheren Entgeltgruppen im Tarifvertrag fordern die Gewerkschaften die Einführung der **Entwicklungsstufe 6** und weitere strukturelle Verbesserungen bei der Eingruppierung. Außerdem sollen für diejenigen Beschäftigten, die sich in der Entgeltgruppe 9 mit der Endstufe 4 befinden, entsprechende Verbesserungen durchgesetzt werden. Gerade für Lehrkräfte hat eine Einführung der Entwicklungsstufe 6 hohe Bedeutung. Es werden bundesweit zusätzliche Lehrkräfte benötigt, schon jetzt fehlt es vielerorts an ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern.

Mit der Tarifrunde soll Anschluss an die Entwicklung der Gehälter der Beschäftigten im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen gehalten werden. Zum 1. Februar klafft hier eine Lücke von rund vier Prozent, die geschlossen werden soll. Auch die Gehälter in der Privatwirtschaft dürfen nach Ansicht der GEW nicht weiter davonziehen. Den öffentlichen Dienst zu stärken, heißt auch, die Binnenkonjunktur anzukurbeln. Deutschland braucht einen handlungsfähigen Staat mit hoch qualifizierten und motivierten Beschäftigten. Der öffentliche Dienst muss für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer attraktiv bleiben: Dazu gehören nicht zuletzt eine **gute Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen**. Dafür steht die GEW.

Um die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst attraktiver zu gestalten, muss auch die Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse gesenkt werden. Gerade jüngeren Menschen, die den Einstieg in das Berufsleben schaffen wollen, werden häufig nur befristete Stellen angeboten. In dieser Frage müssen die Arbeitgeber ihre Einstellungspolitik korrigieren, sonst fehlt perspektivisch der im öffentlichen Dienst dringend benötigte Nachwuchs.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes verlangen außerdem die zeit- und wirkungsgleiche **Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamtinnen bzw. Beamten** sowie auf Versorgungsempfängerinnen bzw. Versorgungsempfänger.

Die Auftaktverhandlung zur Tarifrunde ist am 18. Januar ohne konkrete Ergebnisse beendet worden. Arbeitgeber und Gewerkschaften haben sich zwar gegenseitig ihre Bereitschaft zu konstruktiven Gesprächen signalisiert. Ein Angebot von Seiten der Arbeitgeber wurde aber nicht vorgelegt.

Geplant sind drei Verhandlungsrunden. Verhandelt wird für rund eine Million im öffentlichen Dienst der Länder Beschäftigte. Die rund 200.000 angestellten Lehrkräfte bilden die größte Berufsgruppe der Länderarbeitnehmer.

Ist am Ende der zweiten Verhandlungsrunde am 30. und 31. Januar eine akzeptable Lösung nicht in Sicht, wird die GEW die Beschäftigten zu Protestaktionen, ggf. auch zu einem Warnstreik aufrufen.

GEW – wir sind dran.